

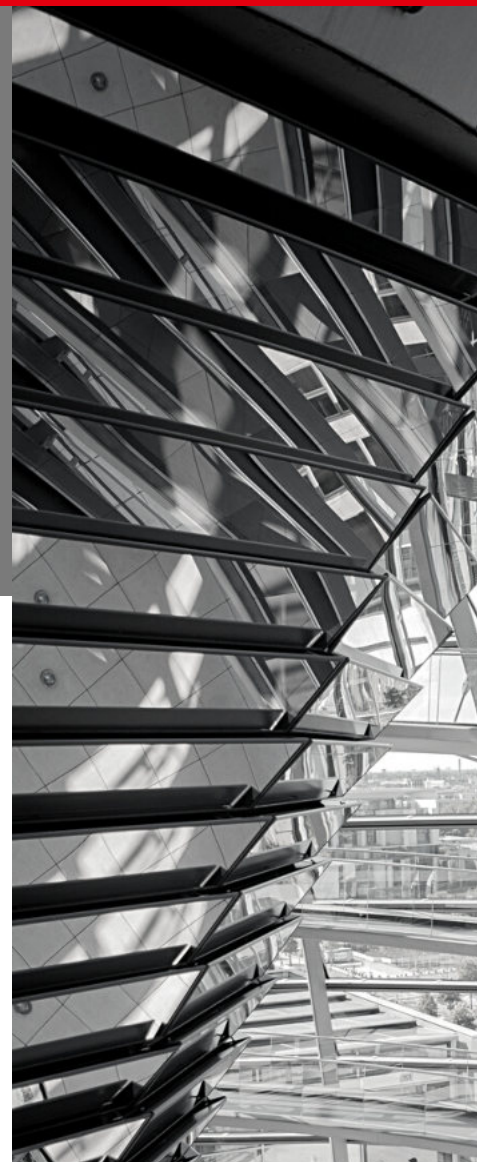


Update aus Berlin

November '22 (I)

NEUES

aus dem Bundestag
und dem Kreis
Warendorf



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

im Bundestag liegt eine intensive Woche hinter uns. Mit dem neuen **Bürgergeld** lassen wir Hartz IV hinter uns. Wir erneuern das Schutzversprechen unseres Sozialstaats, indem wir für mehr Respekt, Sicherheit und Vertrauen sorgen. Das Bürgergeld bedeutet konkret: Ein deutlich höherer Regelsatz, der künftig frühzeitig an die Inflation angepasst wird. Eine zweijährige Karenzzeit für Wohn- und Heizkosten sowie für nicht erhebliches Vermögen, damit sich niemand Sorgen machen muss, nach dem Job auch die Wohnung oder das Ersparnis zu verlieren. Außerdem setzen wir konsequent auf Aus- und Weiterbildung, damit Menschen nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. All das sind richtige und gerechte Schritte. Umso bedauerlicher ist es, dass die Union seit einigen Tagen das Bürgergeld politisch instrumentalisiert und bewusst durch Falschinformationen Ressentiments schürt. Dass der Unionsfraktionsvorsitzende nun mit einer Blockade im Bundesrat droht, zeigt: Die Union schreckt nicht davor zurück, parteipolitische Befindlichkeiten auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft auszutragen. Wir sind offen für Gespräche mit den Ländern und erwarten nun konkrete Vorschläge.

Die Ampel legt bei der Entlastung von Familien noch eine Schippe drauf. Ab Januar 2023 wird das **Kindergeld** auf einheitlich 250 Euro angehoben. Das ist der bisher größte Schritt, den es beim Kindergeld je gab. Besonders für Familien mit kleinen Einkommen bedeutet das eine wichtige monatliche Entlastung.

Viele junge Menschen sind politisch interessiert und setzen sich in Schulen, Organisationen oder Initiativen für Veränderungen ein. Gleichzeitig dürfen sie noch nicht an die Wahlurnen. Diese Woche haben wir dafür gesorgt, dass **das aktive Wahlalter für das Europäische Parlament auf 16 Jahre** gesenkt wird. Als Nächstes wollen wir das Grundgesetz ändern, um auch das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken. Es ist an der Zeit, mehr Demokratie zu wagen.

Natürlich gab es in der vergangenen Woche aber auch viele andere Themen - welche genau, erfahrt ihr wie immer in diesem Update!

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer 

Inhalt

Das neue Bürgergeld kommt>>> Wohngeld-Plus und faire Aufteilung bei den CO2-Kosten. >>> Podiumsdiskussion „Heimat gestalten – Wohnen in Stadt und Land“ beim DEMO-Kommunalkongress. >>> Podiumsdiskussion Kommunale Wärmeplanung. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Politisches Forum der Bundesstiftung Baukultur. >>> Termine der Woche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Das neue Bürgergeld kommt

Wir überwinden Hartz 4 und bringen den Sozialstaat auf die Höhe der Zeit. Mit dem neuen **Bürgergeld, das zum 1. Januar 2023** in Kraft treten soll, bringen wir eine der größten sozial-politischen Reformen der letzten 20 Jahre auf den Weg. Mit dem Bürgergeld geben wir Menschen mehr Sicherheit, wenn sie in eine schwierige Lebenslage geraten. Wer Hilfe braucht, soll keine Angst mehr haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren. Mit einer Karenzzeit für Wohnen und nicht erhebliches Vermögen sorgen wir dafür, dass das Lebensumfeld erhalten bleiben kann. Die Regelsätze werden deutlich erhöht und dauerhaft krisenfest gemacht, in dem die Preisentwicklung künftig aktueller berücksichtigt wird.



Und wir bringen Menschen mit dem Bürgergeld besser und gezielter in Arbeit, indem wir noch stärker auf Aus- und Weiterbildung setzen - auch durch finanzielle Anreize wie einem monatlichen Weiterbildungsgeld und dem Bürgergeldbonus.

Vorrang hat nicht mehr die möglichst schnelle, sondern die möglichst langfristige Vermittlung in Arbeit: Wer keinen Berufsabschluss hat, soll diesen nachholen können, statt kurzfristig eine Hilfstätigkeit übernehmen zu müssen. Mit einem neuen Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir Menschen, die es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Mit dem neuen Bürgergeld setzen wir ein zentrales Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. Unser Ziel ist ein Sozialstaat, der den Menschen mit Respekt begegnet, ihnen Sicherheit gibt und die Chance eröffnet, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Es ist jetzt an den Ländern, ihre staatspolitische Verantwortung für die Menschen in schwierigen Zeiten wahrzunehmen. Die Unionsländer sollten sich nicht von Friedrich Merz instrumentalisieren lassen. Wir sind bereit, Gespräche zu führen. Dafür müssen die Unionsländer konkrete Vorschläge auf den Tisch legen.

Bürgergeld-Faktencheck vom DGB:

Vorwurf der CSU: Bürgergeld bringt mehr als ein Vollzeitjob?!

LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN!

BÜRGERGELD VERGLEICH

PAAR MIT ZWEI KINDERN UND MINDESTLOHN*

902 € BÜRGERGELD ERWACHSENE	2.080 € BRUTTOEINKOMMEN
724 € BÜRGERGELD KINDER	1.651 € NETTOEINKOMMEN
986 € MIETZUSCHUSS	474 € KINDERGELD
277 € HEIZKOSTENZUSCHUSS	
18,36 € GEZ	
2.908 €	2.125 €

VOLLZEITARBEIT BRINGT 783 € WENIGER ALS DER BEZUG VON BÜRGERGELD!

QUELLE: FOCUS ONLINE

* EIN VERDIENST

CSU



Liebe CSU,
das ist falsch!

LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN!

BÜRGERGELD VERGLEICH

PAAR MIT ZWEI KINDERN UND MINDESTLOHN*

902 € BÜRGERGELD ERWACHSENE	2.080 € BRUTTOEINKOMMEN
724 € BÜRGERGELD KINDER	1.651 € NETTOEINKOMMEN
767 € MIETZUSCHUSS	474 € KINDERGELD
277 € HEIZKOSTENZUSCHUSS	499 € WOHNUNGSGELD
18,36 € GEZ	500 € KINDERZUSCHLAG
2393 €	3124 €

VOLLZEITARBEIT BRINGT 731 € MEHR ALS DER BEZUG VON BÜRGERGELD!

QUELLE: FOCUS ONLINE

* EIN VERDIENST

CSU



Wir haben
nachgerechnet
und für euch
korrigiert.

Wohngeld-Plus und faire Aufteilung bei den CO₂-Kosten

Der Bundestag hat diese Woche den Gesetzesentwurf zum Wohngeld-Plus abschließend beraten. Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz erhöhen wir das Wohngeld und weiten den Kreis der Berechtigten deutlich aus. So werden gerade Bürger:innen mit geringem Einkommen von den gestiegenen Energiekosten entlastet.

Im Zusammenhang mit der Reform des Wohngelds haben wir in dieser Woche nun auch das Gesetz zur Aufteilung der CO₂-Kosten beim Heizen abgeschlossen. Seit 2021 wird beim Heizen mit Öl und Erdgas eine zusätzliche CO₂-Agabe erhoben. Bisher mussten Mieter:innen diese Kosten alleine tragen, künftig werden nun auch Vermieter:innen stärker beteiligt.

Je nach energetischem Zustand des Mietshauses werden die Kosten abgestuft entsprechend dem Kohlendioxidausstoß des Gebäudes pro Quadratmeter Wohnfläche verteilt. D.h. in dem Stufenmodell gilt: Je schlechter der energetische Zustand eines Gebäudes, desto höher ist der Kostenanteil für Vermieter:innen. So soll auf Vermieter:innenseite ein Anreiz zu Investitionen in klimaschonende Heizungssysteme und energetische Sanierungen gesetzt werden – auf Seite der Mieter:innen ein Anreiz zu energieeffizientem Verhalten. Bei Nichtwohngebäuden soll zunächst eine hälftige Teilung der Kohlendioxidkosten eingeführt werden, wobei wir im parlamentarischen Verfahren festgelegt haben, dass das Stufenmodell für Nichtwohngebäude nun auch früher gilt als ursprünglich geplant – nämlich ab 2025.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, dass ein Online-Tool für die Berechnung des CO₂-Preises gesetzlich verankert wird. So können Mieter:innen und Vermieter:innen errechnen, wie hoch die Kosten oder die Erstattungen sind. Außerdem werden Brennstoffhändler verpflichtet, auf ihren Rechnungen darüber zu informieren, dass Mieter:innen, die sich selbst mit Wärme versorgen, einen Erstattungsanspruch gegenüber den Vermieter:innen haben. Das Stufenmodell wird dahingehend angepasst, dass in der Stufe mit den energetisch schlechtesten Gebäuden die Mieter:innen mit fünf (statt zehn) Prozent beteiligt werden und die Aufteilung somit 5 % Mietende und 95 % Vermietende entspricht.

Die Regelungen sollen unbefristet gelten und bis zum 31. Dezember 2025 evaluiert werden.



Podiumsdiskussion „Heimat gestalten – Wohnen in Stadt und Land“ beim DEMO-Kommunalkongress

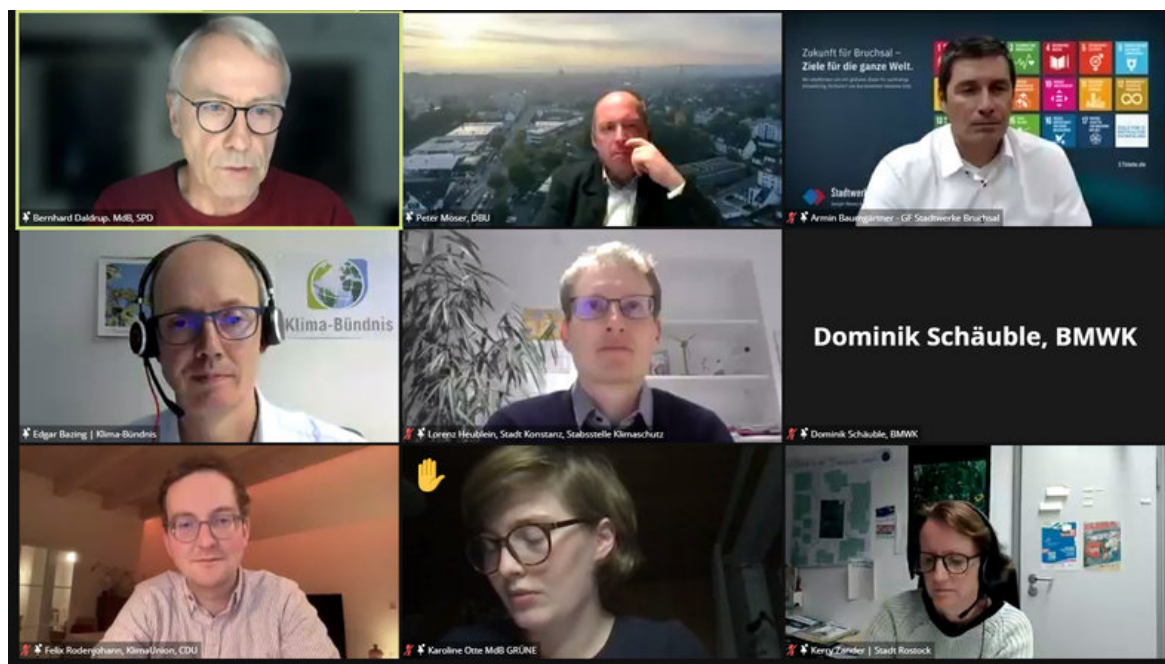


Am Anfang der Woche fand nach zwei Jahren Pandemie der **DEMO-Kommunalkongress** wieder in Präsenz statt. Ein wichtiges Thema auf dem Kongress sozialdemokratischer Kommunalpolitiker war das Thema soziales und klimagerechtes Wohnen. Gemeinsam mit Hannelore Hunter-Rossmann von der SGK-Niedersachsen und Winfried Hammann von der Bürgerstadt AG Berlin durfte ich am Montag dazu auf dem **Fachpodium „Heimat Gestalten – Wohnen in Stadt und Land“** sprechen.

Deutlich wurde, dass die Frage nach bezahlbarem Wohnraum kein alleiniges Problem von Großstädten, sondern auch im ländlich geprägten Raum ein großes Thema ist. Wir benötigen, wie unsere Bauministerin Klara Geywitz vorgeschlagen hat, ein breites **Bündnis für bezahlbaren Wohnraum**. Die Kommunen müssen dabei unterstützt werden eine aktive Boden- und Wohnungspolitik vor Ort zu betreiben. Dazu gehört die Mobilisierung von Bauland genauso wie die Investition in den öffentlich geförderten Wohnraum.

Der Bund hat bereits verschiedene Programme auf dem Weg gebracht, die den Ansatz einer sozialen und klimagerechten Stadt fördern. So ist bereits ein Programm zur Stärkung von Wohnungsgenossenschaften gestartet und im kommenden Jahr startet die **Bundesförderung „Klimafreundliches Bauen“**. Wichtig dabei sind nicht nur innovative Ideen für eine gerechte und lebenswerte Stadt mit mehr bezahlbarem Wohnraum, sondern die zügige Verwirklichung dieser Wohnungsprojekte. Mit der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie der bundesweiten Einführung des digitalen Bauantrags kommen wir diesem Ziel näher.

Podiumsdiskussion Wärmeplanung - Kommunen im Spagat zwischen Pflichtaufgabe und Gestaltungsfreiheit

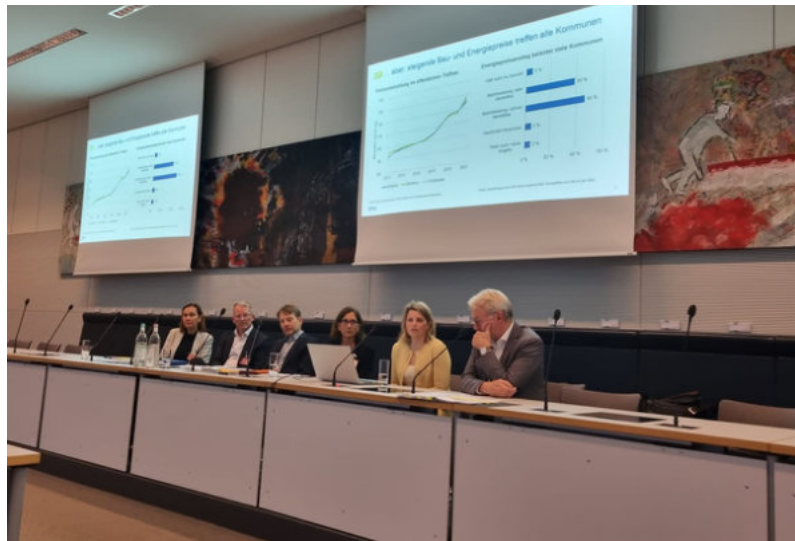


Auf Einladung des Klima-Bündnisses habe ich gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Stadtwerken und Stadtverwaltungen über den Stand der Wärmewende in Deutschland diskutiert.

Die flächendeckende **kommunale Wärmeplanung** ist ein zentrales Instrument, um den Wärmebereich in Deutschland zu dekarbonisieren. Für die SPD ist klar, dass eine Wärmewende in Deutschland ohne die Städte und Gemeinden nicht zu schaffen ist. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion im Juni 2022 eine Veranstaltung „Kommunale Wärmeplanung – Eckpfeiler der Wärmewende?“ organisiert, um den Dialog darüber im politischen Berlin anzustoßen. Im Gegensatz zu Strom und Erdgas kann Wärme nicht beliebig weit transportiert werden und sollte möglichst dort erzeugt werden, wo sie benötigt wird, also in den Kommunen selbst. Das macht lokale Lösungen für eine klimaneutrale Zukunft erforderlich, die vor Ort zu finden und umzusetzen sind. Diese Aufgabe stellt Kommunen vor enorme Herausforderungen. Zu den Problemen gehört fehlendes Personal zur Planung und Prozessbegleitung in Verwaltungen und Planungsunternehmen, unterschiedliche Stakeholderstrukturen und Gegebenheiten vor Ort sowie Herausforderungen bei der Finanzierung. All dies muss aufeinander abgestimmt werden. Deshalb wollen wir in der Ampel-Koalition eine bundesgesetzliche Regelung mit einer Vorgabe an die Länder, um die kommunale Wärmeplanung verbindlich zu machen und die Dekarbonisierung des Wärmebereichs voranzutreiben.

Bis dahin steht der Bund an der Seite der Kommunen, die freiwillig oder unter Vorgabe von Landesgesetzen Wärmepläne ausarbeiten. Dabei sind Beratung und Wissenstransfer für die Erstellung von Wärmeplänen essenziell wichtig. Deshalb stellt der Bund für die Kommunen ein Beratungsangebot zu den Fördermöglichkeiten der Nationalen Klimaschutzinitiative und eine Hotline bereit: <https://www.klimaschutz.de/de/beratung/das-angebot-des-skkk>

AG Kommunalpolitik mit der KfW



Am Mittwoch durfte ich als Sprecher der AG Kommunalpolitik **die Chefvolkswirtin der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Dr. Fritzi Köhler-Geib** und einige **ihrer Kolleg:innen** begrüßen. Die KfW ist eine der führenden Förderbanken und ein wichtiger Kreditgeber für Kommunen. Wir haben uns über die aktuellen Probleme und Herausforderungen im Bereich der Kommunalfinanzen ausgetauscht.

So blicken viele Kommunen pessimistisch auf ihre Finanzsituation angesichts der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, den Herausforderungen durch den Klimawandel und eines hohen Investitionsrückstandes. Die KfW unterstützt die Städte und Gemeinden bereits jetzt mit zahlreichen Programmen bei der Investition in nachhaltige Infrastruktur etwa durch zinsvergünstigte Kredite aber auch direkte Zuschüsse. Darüber hinaus ist es wichtig die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft zu stärken, etwa durch Entlastung bei den Altschulden und Stärkung der Einkommensbasis der Städte und Gemeinden.

Politisches Forum der Bundesstiftung Baukultur



Die Bundesstiftung Baukultur liefert seit 2007 wichtige Ideen und Anregungen für eine nachhaltige Baukultur und lebenswerte Städte. Am Dienstag war ich dort zu Gast um über **den neuen Baukulturbericht** zu diskutieren. Der Bericht enthält eine Reihe von Vorschlägen wie wir durch eine neue Umbaukultur günstig und ökologisch die bestehenden Bauten in den Städten und Gemeinden besser nutzen und beispielsweise für bezahlbaren Wohnraum gewinnen können. https://www.bundesstiftung-baukultur.de/fileadmin/files/BKB-22/BBK_BKB-22-23.pdf

Aktion „Gelbe Bänder der Verbundenheit“



Auch ich habe mich dieses Jahr wieder an der **Aktion „Gelbe Bänder der Verbundenheit“** beteiligt. Als Zeichen der Solidarität richten Mitglieder des Bundestages traditionell in der Vorweihnachtszeit mit ihrer Unterschrift auf gelben Bändern einen Gruß an die Soldatinnen und Soldaten aus, die Weihnachten in den Einsatzgebieten ohne ihre Familien verbringen. Die unterschriebenen Bänder werden zum Weihnachtsfest in die Einsatzgebiete zu den Soldatinnen und Soldaten gebracht.

Internationale Gäste in Berlin

Mit dem Vorsitzenden der New Democratic Party (NDP) Kanadas, **Jagmeet Singh**, habe ich mich zu einem Meinungsaustausch und Fachgespräch über die Wohnungspolitik in Deutschland und Kanada getroffen.

Stärker noch als in Deutschland, sind die Wohnungskosten in Kanada gestiegen, sowohl für Hauseigentümer als auch für Mieter:innen. Deshalb setzt sich die NDP auch dort für eine stärkere staatliche Wohnungsbauförderung ein. Die in NDP ist Teil der Regierung von Ministerpräsident Trudeau.

Es freut mich sehr, dass die kanadische Delegation den Kontakt zu mir in meiner Funktion als kommunal- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion gesucht hat. So konnten die Kanadier mit uns über Wohnungspolitik diskutieren und ich habe umgekehrt ein paar weitere Eindrücke über die Praxis in anderen Ländern erhalten. Gerade der soziale Wohnungsbau ist für bezahlbare Wohnungen unverzichtbar, das zeigt das Beispiel Kanadas in besonderer Weise.



Fotoaktion zur Kindergelderhöhung

Gute Neuigkeiten! Wir erhöhen **das Kindergeld auf 250 Euro!** Darauf haben sich die Ampel-Fraktionen geeinigt. Statt 219 € für das erste & zweite und 225 € für das dritte Kind gibt es bald einheitlich 250 € für jedes Kind. Besonders für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen ist das eine wichtige zusätzliche monatliche Entlastung. Die Erhöhung tritt **zum 1. Januar 2023** in Kraft. Für uns als SPD-Fraktion ist das ein starkes und gerade in dieser schwierigen Zeit richtiges Signal für Solidarität und Zusammenhalt in unserem Land.



Azubi in der AG Wohnen



In den letzten drei Monaten hat mich **Justin Daum** im Rahmen seiner Ausbildung in der fraktionsinternen AG Wohnen begleitet. Vielen Dank für deine Unterstützung! Mein Team und ich hatten eine schöne Zeit mit dir und wünschen dir weiterhin viel Erfolg!

Austausch mit dem Verband Wohneigentum



Am Donnerstag haben mich **Peter Wagner** und **Verena Örenbas** vom Verband Wohneigentum im Deutschen Bundestag besucht. Nach vier Jahren habe ich im Herbst auf eine weitere Berufung in den Beirat verzichtet. Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit und wünsche dem Beirat weiterhin viel Erfolg!

Herzliche Einladung für Kurzenschlossene: Das "Beckumer Energie-Gespräch" diesen Sonntag, 13.11., 18 Uhr!

Bis 2030 will die Bundesregierung 80% des Energiebedarfs aus den „Erneuerbaren“ decken. Gleichzeitig werden aktuell aufgrund der Krise Atomkraftwerke weiter betrieben, Preisbremsen verhängt und neue Gaslieferverträge geschlossen. Worauf sollten Verbraucher jetzt setzen? Welche politischen Weichenstellungen braucht es, um in Zukunft energetisch unabhängig von gefährlichen Vertragspartnern zu sein?

Antworten auf diese und weitere Fragen gibt am kommenden Sonntag Udo Sieverding, Leiter des Bereichs Energie der Verbraucherzentrale NRW. Die SPD Beckum lädt dazu in den Pulverschoppen (La Cucina Italiana, Weststraße 7) ab 18 Uhr ein. Interessierte sind herzlich eingeladen, Fragen zu stellen und an der Diskussion teilzunehmen. Der Eintritt ist frei, Getränke stehen zur Verfügung. Ich freue mich auf einen spannenden Austausch!

A poster for the 'Beckumer Energie-Gespräch' event. The background features a stylized image of solar panels and wind turbines. The text is in white and red. At the top left, it says 'Zukunft? Unabhängig!'. Below that, 'Erneuerbare Energien und politische Weichenstellung'. In the bottom left corner, it says 'So, 13.11., 18 Uhr Pulverschoppen Beckum'. In the top right corner, there is a red box with the SPD logo and the text 'Die Zukunft im Blick. Wir in der Stadt Beckum'. At the bottom, there are two portraits of men: Udo Sieverding, Bereichsleiter Energie der Verbraucherzentrale NRW, and Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter.

Im Gespräch mit Rolf Mützenich

In der letzten sitzungsfreien Woche hatten wir die Ehre, Rolf Mützenich bei uns im Kreis Warendorf begrüßen zu dürfen. Dieser Artikel von Dierk Hartleb über den Besuch ist in der Lokalpresse erschienen.



Rolf Mützenich als Vorbild? So weit wollte Bernhard Daldrup, am Mittwochnachmittag im Hotel-Restaurant Waldmutter vom SPD-Kreisvorsitzenden Dennis Kocker angesprochen, dann doch nicht gehen. Er habe eigentlich keine Vorbilder, so der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete. Aber er wisse gewisse Eigenschaften und Werte sehr zu schätzen, die auch Rolf Mützenich verkörpere. In diese Reihe stellte Daldrup Willy Brandt, Carlo Schmidt und Helmut Schmidt. Der Sendenhorster SPD-Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup begrüßte am Mittwochnachmittag im Hotel-Restaurant Waldmutter seinen Fraktionschef Rolf Mützenich. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, der auf der Fahrt von Berlin nach Köln einen Zwischenstopp in Sendenhorst eingelegt hatte, gratulierte zum 100-jährigen Bestehen des Ortsvereins und reihte sich in die Schar der Gratulanten um SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ein. Er selbst komme aus einem Ortsverein in Köln, der 1867 gegründet und auf Veranlassung des seinerzeitigen Regierungspräsidenten von der Polizei beobachtet worden sei. Die Wertschätzung beruhe auf Gegenseitigkeit, so der Kölner, der, wie er über sich selbst sagte, aus einfachen Verhältnissen stamme. Bernhard Daldrup gehöre zu den Kollegen in der Fraktion, deren Meinung gefragt sei. Als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sei der Sendenhorster Daldrup auch in den aktuellen Koalitions-verhandlungen gefragt, wenn es um die Entlastung der Kommunen in der Frage der Unter-bringung von Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine gehe, erklärte Mützenich. Daldrup bekannte, dass er froh sei, dass es gelungen sei, das Problem der geduldeten Asylbewerber über das Chancen-Aufenthaltsrecht zu lösen und ihnen einen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen zu ermöglichen. Rolf Mützenich nahm sich ausgiebig Zeit, um mit den zahlreichen Anwesenden – darunter auch viele interessiert Bürgerinnen und Bürger – zu diskutieren.

Fotos: Florian Götting.

Metallwerke Renner in Ahlen - Energiekrise trifft auf Unternehmergeist

2023 werden die über 400 Grad heißen Zinköfen bereits 100 Jahre in den Metallwerken Renner in Ahlen laufen. Bei einem Betrieb an 365 Tagen rund um die Uhr, macht sich die Energiekrise hier besonders deutlich bemerkbar. Doch das Team um Geschäftsführer Henke hat sich bereits einiges zur Einsparung einfallen lassen: Möglichst niedrige Temperaturen bei gleichbleibender Qualität & intelligente Türen an den Pulverbeschichtungsöfen, die die Entstehung von Abwärme verhindern, sind nur zwei Beispiele für die Maßnahmen. Dennoch ist klar: Die nächsten Monate werden hart. Und die Entlastungen sind zwar eine willkommene Unterstützung, aber werden nicht ausreichend Abhilfe schaffen. Ein wichtiger Impuls aus der Praxis, den ich gerne mit nach Berlin nehme. Danke an den SPD-Ortsverein Ahlen Süd, Ost und Dolberg, der diesen spannenden Termin ermöglicht hat!



Münsterlandausschuss der SPD tauscht sich mit Thomas Kutschaty aus

Rund drei Stunden haben wir uns Ende Oktober im Münsterlandausschusses, ein Zusammenschluss der Münsterlandkreise und der Stadt Münster, über die Lage der SPD ausgetauscht und hatten dabei einen prominenten Gast: Thomas Kutschaty, Partei- und Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag.



Es war für uns alle ein gutes Signal, dass Thomas Kutschaty nach der enttäuschenden Landtagswahl offen mit uns über die Zukunft der SPD im Münsterland diskutiert hat.

Der Kreis Warendorf muss sichtbar bleiben

Nur noch zwei SPD-Abgeordneten aus dem Münsterland ist es gelungen, ins Landesparlament einzuziehen: Nina Andriesen (Kreis Borken) und André Stinka (Kreis Coesfeld). Im Kreis Warendorf verpassten die SPD-Kandidaten hingegen den Einzug in den Landtag, nachdem Annette Watermann-Krass ihre politische Karriere für den Kreis Warendorf im Landtag beendet hatte. Entsprechend groß war unsere Sorge. Es ist schlecht für eine Region, keine Oppositionsstimme gegenüber der Regierung zu haben. Anders im Bund: Hier ist die SPD im Münsterland mit fünf Abgeordneten präsent, die ein weites Themenfeld abdecken.

„Ein Gewinnbringendes Gespräch für alle Beteiligten“

Mit großer Offenheit trugen die Delegierten aus dem Kreis Warendorf und den anderen Kreisen des Münsterlandes ihre Erwartungen an den Landesvorsitzenden heran. „Lehren aus der enttäuschenden Landtagswahl ziehen und die Partei landespolitisch neu aufstellen“, das ist das gemeinsame Ziel der SPD in Region und Land. Die SPD muss wieder mehr mit den zentralen gesellschaftlichen Entwicklungen verbunden werden und dabei Forum der Diskussion - auch von kontroversen Debatten - sein.

Die Ergebnisse stimmten die Delegierten optimistisch. „Ich denke, wir können alle zufrieden sein“, fasste Dennis Kocker die Sitzung zusammen, „dieser Abend hat uns ein gewinnbringendes Gespräch für alle Beteiligten und neue Motivation für alle politisch Engagierten eingebracht!“

Letzte Berlinfahrt im Jahr 2022



Rund 50 Bürgerinnen und Bürger des Kreises Warendorf haben mich im Rahmen der letzten "BPA-Fahrt" des Jahrs 2022 im Bundestag besucht. Darunter waren Soldatinnen und Soldaten der Westfalenkaserne Ahlen, mehrere Mitglieder des Mehrgenerationenhauses Mütterzentrum Beckum, des Arbeitskreises „Integration“ und des Vereins für körper -und mehrfachbehinderte Menschen „Für-ein-ander“, deren Einsatz für eine inklusive Gesellschaft ich außerordentlich schätze. Nach einem Vortrag über die Arbeit des Parlaments auf der Besuchertribüne kamen wir ins Gespräch zu aktuellen Themen der Bundespolitik im SPD-Fraktionssaal. Zum Reiseprogramm gehören auch weitere politische und kulturelle Einrichtungen sowie geschichtsträchtige Orte in Berlin. Vielen Dank für Euren Besuch und viel Spaß in Berlin!

Wenn Du aus dem Kreis Warendorf kommst und mich auch einmal bei einer politischen Bildungsfahrt in Berlin besuchen möchtest, dann schreibe mir gerne an bernhard.daldrup.ma02@bundestag.de! Exklusive Einblicke in die Fahrt bekommst Du in meinen Instagram-Stories!

(c) Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie